

Regierung auch für ihr erweitertes Programm auf eine Mehrheit rechnete, in welcher die Männer der gemäßigt liberalen Partei eine bedeutende Stelle einnehmen würden, daß es daher der Regierung fern lag, ihrerseits auf das Zusammengehen mit denjenigen Liberalen, auf welche sie sich bis dahin stützen zu können geglaubt hatte, zu verzichten.

Allerdings hat sich der Kreis der Parteien, mit deren Hilfe die Regierung ihr Reformwerk durchzuführen hoffen darf, über die Gruppen hinaus, auf welche sie vor Jahr und Tag rechnen konnte, erheblich erweitert; während damals vor Allem eben eine Mehrheit aus den konservativen und den gemäßigt liberalen Parteien in Betracht kam, ist für den Plan in seiner umfassenderen Richtung auf das gesammte deutsche Wirtschaftsleben die katholische Centrumspartei mit eingetreten, welche sich bis dahin von jeder Mitwirkung an den positiven Gestaltungen im Deutschen Reiche fern gehalten hatte. Es ist heute kein Anlaß, den Gründen näher zu treten, welche das Centrum veranlaßten, statt seiner früheren verneinenden Stellung sich die Unterstützung der Regierung in einer ihrer wichtigsten Aufgaben angelegen sein zu lassen; einer der Gründe und gewiß einer der entscheidendsten war gewiß, daß die Führer der Partei rechtzeitig und klar erkannt hatten, wie sehr die Auffassungen und Bestrebungen des Reichskanzlers für das wirtschaftliche Wohl der deutschen Nation freudigen Anklang in den weitesten Schichten der Bevölkerung gefunden hatten.

Die Thatsache des Hervortretens des Centrums zu positiver Mitarbeit an den nationalen Aufgaben ist aber, ganz abgesehen von den unmittelbar vorliegenden Fragen, insofern von allgemeinerer Bedeutung, als es in allen politischen Kreisen seit Jahren als ein unnatürlicher Zustand und als ein Hemmnis der nationalen Entwicklung empfunden worden war, daß eine der größten Parteien im Reichstage alle sonstigen Erwägungen politischer und praktischer Interessen den Gesichtspunkten einer rein konfessionellen Agitationspolitik untergeordnet hatte.

In der Bereitwilligkeit des Centrums, die Wirtschaftspolitik der Regierung in wichtigen Beziehungen zu unterstützen, war daher vom Standpunkt der nationalen Politik an und für sich kein Grund zu schweren politischen Sorgen, vielmehr ein Fortschritt und Gewinn der nationalen Entwicklung zu erblicken: nur durch die unberechtigte Vermischung der absolut freihändlerischen Bestrebungen mit den Gesichtspunkten der eigentlichen Politik konnte es geschehen, daß sich fast die gesammte Vertretung der liberalen Partei durch die ersten Ergebnisse des Zusammengehens des Centrums mit der Regierung zu einer tiefen Erregung und in derselben theilweise zur Ankündigung einer rein verneinenden Stellung in Bezug auf die schwebende Aufgabe hinreißen ließ.

Doch Angesichts der näher rückenden Entscheidung scheint unter dem Einflusse besonnener Führer, wie gesagt, das Bewußtsein der ernsten staatlichen Pflicht und der politischen Verantwortung wieder mehr zur Geltung zu gelangen.

Wenn bisher derjenige Theil der Tarifvorlage, welcher vornehmlich den Schutz der nationalen Arbeit zum Gegenstande hat, durch das feste Zusammenwirken der Konservativen, des Centrums und eines geringeren Theils der National-Liberalen ohne erhebliche Schwierigkeit zur Feststellung gelangt ist und weiter gelangen wird, so wird dagegen die Vereinbarung über die sogenannten Finanzzölle Gegenstand schwieriger sachlicher und politischer Erwägung und Verständigung, zunächst in der Kommission, sein müssen.

Die Centrumsfraktion, welche in Bezug auf die Schutzzölle von vorn herein entschieden mit der Regierung zu gehen entschlossen war, hatte dagegen die Bewilligung der Finanzzölle zunächst nur für das äußerste Bedürfnis in Aussicht gestellt, die von dem Kanzler erstrebte weitergehende Finanzreform aber bekämpfen zu müssen geglaubt. Unter allen Umständen will sie für den Fall der Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches gewisse politische Bedingungen und Bürgschaften in Bezug auf die Verwendung fordern. Die national-liberale Partei, welche in ihrem größeren Theil die Schutzzölle bekämpft, dagegen in ihrer überwiegenden Mehrzahl die angestrebte Finanzreform grundsätzlich billigt, knüpft daran auch ihrerseits die Forderung konstitutioneller Bürgschaften in Verfolg der bereits im preussischen Landtage von der Regierung ertheilten Zusicherungen.

So schwierig und weit aussehend hiernach der

Abschluß des Gesamtwertes noch erscheint, so sind doch in der bisherigen Entwicklung hoffnungsvolle Vorzeichen für die schließliche allseitige Verständigung zu finden. Je weiter die Erfüllung der mannigfachen Hoffnungen herbeizurücken scheint, welche sich an die Durchführung der Reform in ihrem vollen Zusammenhange einerseits für die unmittelbaren Volksinteressen, andererseits für die nationale Entwicklung knüpfen, um so weniger werden Diejenigen, welche von ihren verschiedenen Standpunkten bis dahin mitgewirkt haben, schließlich die Verantwortung für ein Scheitern vor dem deutschen Volke auf sich nehmen wollen und können.

Die Regierungen werden ihrerseits gewiß Alles daran setzen, um die Verständigung und Ausgleichung der Gegensätze in Bezug auf ein Werk zu fördern, in welchem sie mit dem Kanzler eine der höchsten Aufgaben für das Gedeihen des Deutschen Reiches erblicken.

Der Schutz der deutschen Handelsunternehmungen in der Südsee

bildet seit einer Reihe von Jahren den Gegenstand erhöhter Fürsorge der Reichsregierung, wovon der vor drei Jahren mit den Tonga-Inseln abgeschlossene Freundschaftsvertrag ein erstes öffentliches Zeugniß gab.

Dem Reichstage ist in seiner gegenwärtigen Session ein weiteres Ergebnis jener Fürsorge in einem Freundschaftsvertrage mit den Samoa-Inseln vorgelegt worden. Die reichen und interessanten Schriftstücke, welche zur Erläuterung der Vorlage beigelegt sind, geben ein Bild von der Ausdehnung und Bedeutung der auf jener Inselgruppe zu vertretenden deutschen Interessen. Es springt daraus vor Allem die Thatsache in die Augen, daß gegenwärtig der Handel Deutschlands auf den Südsee-Inseln demjenigen aller anderen Nationen überlegen ist*) und daß von den letzteren große Anstrengungen gemacht worden sind, um demselben den bisher unter manchen Opfern und Gefahren, durch Fleiß, Ausdauer und Geschick errungenen Vorsprung wieder abzugewinnen und ihn möglichst aus dem Felde zu schlagen. Die deutsche Regierung hat es daher als eine nationale Pflicht erachtet, die deutschen Unternehmungen im Stillen Ocean nicht lediglich ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Die zunächst angeordnete Entsendung und theilweise dauernde Stationirung Kaiserlicher Kriegsschiffe zum Zeigen der Kriegssflagge, oder zur Sühne und Verhütung von Gewaltthätigkeiten seitens uncivilisirter Inselvölker erhöhte mit dem Ansehen des deutschen Namens die Sicherheit der deutschen Handelsflagge in jenen Meeren. Gleichzeitig aber war darauf Bedacht zu nehmen, daß diese erfreuliche Entwicklung nicht durch Eingriffe von dritter Seite gestört werde.

Der schnelle und unvergleichliche Aufschwung des deutschen Handels gerade in der Südsee erklärt sich zumeist dadurch, daß derselbe sich dort auf einem neutralen, d. h. außerhalb der Machtphäre anderer Seestaaten liegenden Gebiete frei entfalten konnte. Sollte die von dem Reich bisher befolgte, der Erwerbung eigener Kolonien abgewandte Politik nicht verlassen werden, so war es um so nothwendiger, diesem Gebiete seine Neutralität möglichst zu erhalten und innerhalb desselben rechtzeitig den Grundsatz der vollen Gleichberechtigung Deutschlands mit anderen Nationen zur allseitigen Anerkennung zu bringen. In diesem Sinne wurden im Sommer 1876 der deutsche Konsul für die Samoa- und Tonga-Inseln und der Kommandant S. M. S. »Hertha« angewiesen, zunächst mit diesen beiden Inselgruppen Meistbegünstigungsverträge abzuschließen.

Die Tonga-Inseln erfreuten sich schon seit längerer Zeit einer geordneten Regierung unter dem Könige Georg I. (George Tubou); der Abschluß eines jenen Zweck sichernden Vertrages stieß dort auf keine Schwierigkeiten. Der unter dem 1. November 1876 abgeschlossene Vertrag hat, wie aus den der Regierung vorliegenden Berichten hervorgeht, den von dem deut-

*) Eine Uebersicht der Handelsbewegung auf den Samoa- und Tonga-Inseln ergibt, daß von der Gesamteinfuhr, deren Werth sich auf 1,587,000 M. beläuft, für 1,247,000 M. auf den deutschen Handel kommen, von der Ausfuhr mit 2,500,000 M. auf Deutschland 2,216,000 M., der größte Theil davon auf das hamburgische Haus Godeffroy.